



IG BAU begrüßt Sicherung der Bau-Sozialkassenverfahren Parteiübergreifende Zustimmung im Bundestag

Frankfurt am Main, 27.01.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die Sicherung der Sozialkassenverfahren im Baugewerbe. Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen haben gestern Abend einem Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen zugestimmt. Das Gesetz stellt nunmehr klar, dass sich sämtliche Betriebe der Baubranche auch in der Vergangenheit an den Sozialkassenverfahren zu beteiligen hatten

„Der Bundestag hat mit seiner Entscheidung hohes Verantwortungsbewusstsein bewiesen und gezeigt, dass das Parlament die Nöte und Bedürfnisse von Arbeitern im Blick behält“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Die parteiübergreifende Zustimmung aller Bundestagsfraktionen ist keine Selbstverständlichkeit. Dieser enorme Rückhalt belegt die überragende Bedeutung der Sozialkassenverfahren, die sich seit Jahrzehnten bewährt haben. **Sie sichern für rund 1,2 Millionen Menschen Altersversorgungsansprüche, Urlaubsansprüche und das Ausbildungssystem** in der deutschen Bauwirtschaft.“

Die Sozialkassen der Bauwirtschaft sind gemeinnützige Einrichtungen der IG BAU sowie der Arbeitgeberverbände HDB und ZDB. Die Sozialpartner regeln die Verfahren mittels Tarifverträgen. Bauarbeiter erhalten so Ansprüche etwa auf eine zusätzliche Rente oder Urlaubsansprüche. Betriebe werden bei der Ausbildung finanziell unterstützt. Diese Leistungen werden über Umlagen aller Betriebe der Branche finanziert. Grundlage hierfür ist die Allgemeinverbindlichkeit der entsprechenden Tarifverträge.

Durch Beschlüsse des Bundesarbeitsgerichts im Herbst 2016 war aber die Allgemeinverbindlichkeit aus formalen Gründen für unwirksam erklärt worden. In der Folge mussten die Sozialkassen des Baugewerbes damit rechnen, mit etwaig bestehenden Rückzahlungsforderungen überzogen zu werden, was die Existenz der Sozialkassen gefährdete. Die Nachteile für die Beschäftigten, aber auch für die Betriebe und für den geordneten Wettbewerb der Branche wären dadurch unabsehbar geworden.

Lokalkompass



Pressespiegel

Ausgabe: 30.01.2017



Wer die Schoah verdrängt, bereitet Neonazis den Weg

Frankfurt am Main, 27.01.2017

Anlässlich des Jahrestags der Befreiung des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gedenkt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) der Opfer der Schoah und ruft dazu auf, sich weiterhin gegen die NPD und ihre rechten Verwandten zu stellen.

„Der braune Fanatismus führte zu millionenfachem Mord. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich dieser Alptraum wiederholt. Wer die Schoah verdrängt, bereitet den Neonazis den Weg. Deswegen war es richtig, die Gedenkstätte für den Holocaust zentral und für alle sichtbar zu errichten“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt. „Es ist ekelhaft, mit welcher Kaltschnäuzigkeit rechte Propagandisten ihren Hass verbreiten. Beängstigend ist jedoch, wie gleichgültig und tatenlos unser Rechtsstaat zusieht, wie rechte Ideologie mehr und mehr gesellschaftsfähig wird.“

Die IG BAU steht für Solidarität, Demokratie und Weltoffenheit. Auf Demonstrationen, in Seminaren und mit Bildungsreisen wie etwa nach Auschwitz engagiert sie sich gegen Neonazis und Rechtsradikale.

„Viele Überlebende des dunkelsten Abschnitts der deutschen Geschichte, die als Zeitzeugen über ihre Erlebnisse während des Dritten Reichs berichten können, gibt es nicht mehr. Die IG BAU setzt sich deswegen für eine gestärkte Erinnerungskultur ein, die dem Trend zur Bagatellisierung der Nationalsozialisten entgegentritt und gerade der jungen Generation die grausamen Konsequenzen faschistischer Gesinnung vor Augen führt“, sagte Burckhardt.

„Gleichzeitig bietet die IG BAU mit ihrer Arbeit Alternativen gegen Rechts an. Wir wehren uns dagegen, dass junge Beschäftigte in Kreise hineingezogen werden, die für eine demokratiefeindliche Gesellschaftsordnung stehen.“

Lokalkompass